

Etappenziel

Michail Gorbatschow bei Johannes Paul II.

Das Treffen zwischen dem sowjetischen Staats- und Parteichef *Michail Gorbatschow* und *Johannes Paul II.* am 1. Dezember 1989 läßt sich nur angemessen würdigen, wenn man die verschiedenen Dimensionen der Begegnung berücksichtigt und gleichzeitig auseinanderhält. Die große Aufmerksamkeit, die sich schon im Vorfeld des Besuchs auf dieses Ereignis richtete, hatte vor allem mit seiner *symbolischen Dimension* zu tun, die dann in Berichten und Kommentaren auch weidlich strapaziert wurde: 72 Jahre nach der Oktoberrevolution traf sich der Staats- und Parteichef der Sowjetunion, der kommunistischen Vormacht, mit dem Oberhaupt der größten christlichen Kirche. Der führende Repräsentant eines Systems, das jahrzehntelang im Kampf gegen die Religion eine seiner Hauptaufgaben sah und den „wissenschaftlichen Atheismus“ als Staatsideologie propagierte, tauschte einen Händedruck mit dem Träger eines Amtes, das wie kein anderes für die christliche Tradition Europas und für das politische Gewicht der Kirche steht.

Gleichzeitig markierte die Begegnung im Vatikan, bei der Gorbatschow und Johannes Paul II. siebzig Minuten miteinander sprachen (zehn Minuten davon ohne Dolmetscher), eine wichtige Etappe der konkreten Bemühungen, das Verhältnis zwischen dem Heiligen Stuhl und der Sowjetunion zu verbessern und die Situation der Katholiken im größten Land der Erde zu erleichtern. Bei seinem Treffen mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef anlässlich der Millenniumsfeierlichkeiten im Frühsommer 1988 hatte Kardinalstaatssekretär *Agostino Casaroli* neben einer Botschaft des Papstes auch ein Memorandum übergeben, das die ungelösten Probleme der Ka-

tholiken in der Sowjetunion auflistete (vgl. HK, Juli 1988, 310f.) Seither ist einiges erreicht worden: In *Litauen*, der einzigen Sowjetrepublik mit mehrheitlich katholischer Bevölkerung, sind seit Frühjahr 1989 alle Bischofsstühle mit residierenden Bischöfen bzw. Apostolischen Administratoren besetzt; Ende Juli konnte der Papst einen Apostolischen Administrator für das Bistum Minsk ernennen, dem die Zuständigkeit für alle Katholiken des lateinischen Ritus in *Weißrußland* übertragen wurde.

In seiner Ansprache nach dem Gespräch mit Gorbatschow drückte Johannes Paul II. die Hoffnung aus, das geplante Gesetz über die Gewissensfreiheit werde allen Gläubigen in der Sowjetunion „die volle Ausübung des Rechts auf Religionsfreiheit“ garantieren (Osservatore Romano, 2.12.89). Er wünsche, so der Papst, daß alle Katholiken des lateinischen, byzantinischen und armenischen Ritus in der Sowjetunion frei ihr religiöses Leben praktizieren könnten: „Zahlreiche katholische Gemeinden warten darauf, sich reorganisieren und von der Leitung durch ihre Hirten Nutzen ziehen zu können.“ Als Folge der unmittelbar vor dem Treffen bekanntgewordenen Entscheidung, ukrainisch-katholische Gemeinden könnten sich künftig als solche registrieren lassen (vgl. ds. Heft, S. 12), dürfte sich dieses zentrale Anliegen Johannes Pauls II. in absehbarer Zeit realisieren lassen. Der sowjetische Staats- und Parteichef verwies seinerseits darauf, daß in der Sowjetunion Völker vieler Konfessionen, „Christen, Muslime, Buddhisten, Juden und andere“, lebten, die alle das Recht hätten, „ihren religiösen Bedürfnissen nachzukommen“.

Gorbatschow sprach nach der persönlichen Begegnung mit dem Papst von der Absicht, zwischen der Sowjetunion und dem Heiligen Stuhl diplomatische Beziehungen aufzunehmen, deren genauere Modalitäten noch geklärt werden müßten. Man habe auch über einen möglichen künftigen *Besuch des Papstes in der UdSSR* gesprochen. Bis zu einer Reise Johannes Pauls II. in die Sowjetunion dürfte aber aller Voraussicht nach noch

einige Zeit vergehen: Die Beziehungen zwischen dem katholischen Litauen und der Moskauer Zentrale sind derzeit ausgesprochen gespannt, in der Ukraine muß der Prozeß der Legalisierung der Katholiken des byzantinischen Ritus erst anlaufen, das Verhältnis zwischen Rom und dem Moskauer Patriarchat befindet sich vor allem wegen der Ukrainerfrage in einem heiklen Stadium.

Hier dürfte die entscheidende *Zukunftsdimension* des historischen Treffens zwischen Michail Gorbatschow und dem Papst liegen: Der sowjetische Staats- und Parteichef ist für sein Reformwerk, das sich in diesen Monaten in einer äußerst kritischen Phase befindet, gerade auch auf die Unterstützung durch die Kirchen und Religionsgemeinschaften angewiesen. Die christlichen Kirchen können zur Stabilisierung des moralischen Unterbaus beitragen, ohne den nach dem Zerfall der marxistisch-leninistischen Ideologie eine grundlegende Erneuerung des politischen und wirtschaftlichen Systems kaum vorstellbar ist. Nicht nur in der Sowjetunion, sondern in allen Ländern des bisherigen Ostblocks lastet auf den Kirchen, deren Freiraum größer geworden ist oder zu werden verspricht, eine *besondere Verantwortung*, wenn es darum geht, Eruptionen im schnellen Wandel einzuschränken, Koalitionen der Vernunft zu bilden, auf dem Weg zur Demokratie Vermittlerdienste zu leisten, einen neuen gesellschaftlichen Grundkonsens zu finden. Ihre Mittel sind angesichts dieser gewaltigen Herausforderungen allerdings sehr begrenzt. ru

Unsensibel

Das ZdK, die deutsche Einheit und die Entwicklung in der DDR

Daß die Frage der deutschen Wiedervereinigung auch an der diesjährigen Herbstvollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken nicht vorübergehen würde, war zu erwarten. Ist sie doch, kaum daß die

Verhältnisse in der DDR sich zu verändern beginnen und die deutsch-deutsche Grenze sich geöffnet hat, nicht nur in aller Munde, sondern erscheint in seltsamer Eintracht von Rechts bis Links als der patriotische Grundauftrag aller Deutschen. Und nicht nur das, sondern ebenfalls von Rechts bis Links auch als das Dringendste, was es seit den Veränderungen in Osteuropa zwischen Ost und West und weltpolitisch zu lösen gilt.

Deutschnationalen Eiferern gegenüber hat sich die Präsidentin des Zentralkomitees, *Rita Waschbüsch*, in ihrem Lagebericht zwar erkennbar distanziert. Sie stellte fest, Freiheit und Selbstbestimmung seien für die Bewohner der DDR „das Vorrangige und Fundamentale“, und wenn das erreicht sei, werde sich auch die Frage nach der Einheit lösen. Dem folgte dann der Hinweis, wenn eine demokratische Ordnung erreicht sei, würden die Deutschen hüben und drüben kaum verstehen, „warum ... die staatliche Spaltung Deutschlands künstlich aufrechterhalten werden sollte“.

Seltsam polemisch wirkte die mit Beifall aufgenommene Bemerkung, daß das Ziel der Einheit der Deutschen „auch von den demokratischen Politikern unseres Landes klar zum Ausdruck gebracht wird und daß sonst so wortmächtige Gruppen und Kräfte in unserer Gesellschaft ihre sprachlose Verlegenheit vor den neuen Entwicklungen überwinden“. Und reichlich billig mutete die wohl nicht rein rhetorisch gemeinte Frage an: „Warum sollte es ihnen (den angeblich in sprachloser Verlegenheit Schweigenden, A. d. R.) nicht gelingen, die Freiheit der Mecklenburger, Sachsen, Thüringer und Brandenburger und ihre Einheit mit uns genauso für wichtig zu halten wie die Selbstbestimmung anderer Völker, für die sie mit Recht eintreten.“ Warum solch nationaler Eifer, wenn die Freiheit aller Deutschen wirklich das Fundamentale ist? Und warum kein Hinweis auf die europäische Einbettung der deutschen Frage?

Ist vergessen, daß anders als bei „der Selbstbestimmung anderer Völker“ in Mitteleuropa eine Vergangenheit auf-

zuarbeiten ist, in der von einem von Deutschen zu verantwortenden totalitären und rassistischen System Krieg und Tod über die Nachbarn gebracht wurde? Allein schon deswegen stünde einem katholischen Gremium wie dem Zentralkomitee ein wenig mehr Fingerspitzengefühl gut an. Dieses muß ja anders als die Unionsparteien keine Bundestagswahl im nächsten Jahr gewinnen. Und warum sich und anderen – auch den Bewohnern der DDR – nicht Zeit lassen, wenn sich im Zuge der Demokratisierung die Frage der Einheit ohnehin von selbst löst? Warum jetzt schon das Ergebnis vorwegnehmen, wenn selbst die Union resp. die Bundesregierung den Standpunkt vertritt, entscheide sich die Bevölkerung der DDR in der Wahrnehmung ihres Selbstbestimmungsrechts anders, dann habe man das zu respektieren?

„Nationaler“ Übereifer wird vom ZdK aber offenbar auch noch in einem anderen Punkt entwickelt. Kaum, daß sich die Grenzen öffnen und die Bewegungsmöglichkeiten auch der Katholiken im anderen Teil Deutschlands sich verbreitern, wird auch schon der Plan verfolgt, in der DDR eine Parallelorganisation, ein Zentralkomitee der Katholiken in der DDR, zu schaffen. Generalsekretär *Friedrich Kronenberg* wurde vor der Vollversammlung auch diesbezüglich deutlich: Er möchte alle Bemühungen und Initiativen begrüßen, die in der DDR heute zu einer besseren Formierung der Laienarbeit in den Diözesen und kirchlichen Jurisdiktionsbezirken führen. Und besonders begrüße er „die Initiativen, die auf die Gründung des Zentralkomitees der Katholiken in der DDR hinauslaufen“.

Warum auch da so eilig? Daß es in der DDR einzelne Bestrebungen gibt, ein DDR-weites Repräsentationsorgan ähnlich dem Zentralkomitee zu schaffen, darf angenommen werden. Sicher ist aber auch, daß unter katholischen Laien in der DDR darüber keineswegs einheitlich gedacht wird. Katholische Laien mußten sich in der DDR bisher äußerst diskret verhalten, in erster Linie aus politischen Gründen. Es gibt kein dem der Bundesrepublik ver-

gleichbares Verbandswesen, sondern von Ort zu Ort und von Diözese zu Diözese unterschiedlich handlungsfähige Gruppierungen. Sie fangen erst an, sich örtlich und überörtlich nach Berufskategorien in „Gesprächsforen“, „Studiengruppen“, „Initiativen“ und „Arbeitskreisen“ zusammenzuschließen.

Warum ihnen nicht die Zeit und die Freiheit lassen, sich nach *ihren* Erkenntnissen und *ihren* Möglichkeiten zu gruppieren? Es sind auch andere Strukturen – man kann sich aber mit Strukturen überhaupt Zeit lassen – als die eines Zentralkomitees denkbar. Vielleicht haben die Katholiken in der DDR jetzt sogar die Chance, etwas Beweglicheres und Zeitgemäßeres zu schaffen, als es das ZdK mit seiner imponierenden Organisation und seinem vielen Leerlauf ist. Vielleicht sollte man auch die Ansprache des Papstes an die deutschen Diözesanbischöfe vom 14. November (vgl. ds. Heft S. 28) nochmals sorgfältig lesen, bevor man sich selbst als das Wesen empfiehlt, an dem auch in der DDR alles Katholische genesen soll.

Rat geben ja, wo Rat erbeten wird. Aber bevormunden? In diesem Fall muß das wirklich nicht sein. Zusammenarbeiten – schon beim Katholikentag in Berlin 1990 – läßt sich auch zwischen sehr unterschiedlichen Gruppierungen und Organisationsformen. Dies zeigt sich auch im Verhältnis bundesrepublikanische-österreichische Katholiken. Freilich nur, soweit der Wille reicht. se

Geschafft?

Der Koalitionskompromiß für ein neues Ausländergesetz

Nun soll es doch noch kommen – nach langem, vergeblichem Anlauf noch unter *Friedrich Zimmermann* und den neuen Hürden, die vor dem Ende September vorgelegten neuen Entwurf des Bundesinnenministeriums aufgerichtet wurden: das neue Ausländergesetz.